

Standpunkt: Flächenverbrauch und Ausgleichsflächen



Dr. Christian Stierstorfer
(Diplom-Biologe an der
LBV-Bezirksgeschäftsstelle Straubing)

Wir haben ein Problem! Der tägliche Verbrauch von Fläche ist seit Jahren auf hohem Niveau, was in Zahlen heißt: ca. 10 Hektar Bayern werden täglich (!) überbaut. Wir sind weit davon entfernt, die im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angestrebten 5 Hektar pro Tag zu erreichen. Dazu sei übrigens bemerkt, dass auch dies nicht nachhaltig ist, da Fläche bekanntlich kein nachwachsender Rohstoff ist. Eigentlich müsste der Verbrauch von 0 Hektar als nachhaltiges Ziel festgeschrieben werden. Als Übergangziel wären aber auch 5 Hektar akzeptabel, wie es das Bündnis des Volksbegehrens „Betonflut eindämmen.

Damit Bayern Heimat bleibt“ fordert. Auch in Niederbayern und der Oberpfalz schießen allerorten neue Gewerbe- und Neubaugebiete aus dem Boden, und der Straßenbau scheint grenzenlos. Angesichts der Flut von damit verbundenen Beteiligungsverfahren haben Naturschutzverbände kaum eine Chance, sich zu jedem Verfahren zu äußern. Wir sind gezwungen, uns auf besonders gravierende Eingriffe oder Präzedenzfälle zu konzentrieren. Ein Beispiel ist die Ochsenau bei Landshut: Eine extrem artenreiche Offenlandfläche, wie es sie früher entlang der Isar vielfach gab, mittlerweile aber kaum mehr, ist von großflächigen Bauvorhaben, u.a. für ein „Grünes Zentrum“ (kein Witz!) bedroht.

Der Widerspruch zwischen öffentlichen Willensbekundungen und der Realität wird besonders bei jenen Staatswäldern deutlich, die an Kommunen abgegeben werden, die diese Flächen dann wiederum in Gewerbegebiete verwandeln wollen. In der Oberpfalz stehen Hunderte von Hektar zur Disposition. Auch in Niederbayern haben wir mit dem Fall „Brummer-Logistik“ im Landkreis Passau ein unrühmliches Beispiel. Der Staatswald wird offenbar immer mehr zur freien Verfügungsmasse kommunaler Wachstumsbestrebungen.

In der Auseinandersetzung um die jeweiligen Planungen wird vonseiten der Befürworter stets darauf hingewiesen, dass die Eingriffe ausgeglichen bzw. ersetzt werden, die Natur also in der Gesamtbilanz keinen Schaden nehme. Hierzu ist festzustellen, dass es bei der Umsetzung dieser Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zumeist erhebliche Defizite gibt, da die Kontrolle schlicht fehlt. Dies ist in vielen Studien, u. a. auch in einem Projekt der Kreisgruppe Landshut deutlich belegt. Die Missstände bei Ausgleichsflächen sind auch

Gegenstand eines bayernweiten LBV-Projektes, das Ende 2020 startete (siehe Pressemitteilung vom 4.12.2020). Jenseits aller gesetzlichen Regelungen muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass viele, über Jahrhunderte entstandene Biotope und ihre Böden fachlich schlicht nicht ausgleichbar sind.

